

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wirtschaft/aktuell/?em_cnt=1348136

Sparkassen in Gefahr

Widerstand gegen Bankgesetz

VON ANNIKA JOERES



Logo der Sparkasse
(ddp)

Düsseldorf. Für die Gewerkschaft und die katholische Kirche ist es das "Ende einer Bank für alle", für die Opposition "das Begräbnis vieler Initiativen und Projekte vor Ort": Das neue Sparkassengesetz in Nordrhein-Westfalen hat sich schon vor seiner Verabschiedung im Herbst viele Feinde gemacht. "Notfalls starten wir ein Volksbegehren", kündigte Rolf Finger von der Gewerkschaft Verdi am Montag gegenüber der FR an. "Alle Sparkassenkunden werden unter dem neuen Gesetz leiden", sagte Finger. So könnten die Kontogebühren steigen und viele Filialen schließen. "Die Hälfte der insgesamt 66 000 Arbeitsplätze ist gefährdet", so Finger.

NRW-Finanzminister Helmut Linssen (CDU) hat die Novelle in der vergangenen Woche ins Düsseldorfer Parlament eingebracht. Kernstück des Entwurfs: Kommunen können ihre Einlagen an der Sparkasse oder Teile der Sicherheitsrücklage als Trägerkapital ausweisen. Damit sollen die wirtschaftlichen Verhältnisse der Kassen transparenter werden. Im Gesetz wird auch die Fusion der beiden Sparkassen- und Giroverbände Rheinland und Westfalen bis spätestens Ende 2012 geregelt. Durch das Zusammengehen will Linssen "Synergie-Effekte" erzielen.

Vor allem der drohende Einstieg der angeschlagenen Düsseldorfer WestLB treibt die Kritiker auf die Barrikaden. Die WestLB soll als "Sparkassenzentralbank" die Möglichkeit erhalten, auf Zeit die Trägerschaft an einer Sparkasse zu übernehmen. "Diese Zwangs-Zusammenarbeit mit einer privaten Bank wird die Gemeinnützigkeit der Sparkassen in Frage stellen", so Gisela Walsken, finanzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. "Langfristig wird so das gesamte System der Sparkassen in Deutschland ausgehebelt." Sollten die Kommunen über die Ausweisung des Trägerkapitals entscheiden können, wohin die Erträge der Sparkassen zukünftig fließen, stünden viele gemeinnützige Projekte der Sparkassen in den Städten vor dem Aus. "Viele Kommunen sind hoch verschuldet und würden mit dem Geld zuerst ihren Haushalt sanieren", so Walsken.

Die rheinischen und westfälischen Sparkassenverbände wollen zunächst "ruhig bleiben". Schließlich sei noch kein Entwurf buchstabengetreu ins Gesetz übergegangen, heißt es dort. Gewerkschafter und Kirchen dagegen wollen nicht warten. "Wenn sich Linssen nicht bald bewegt, starten wir unsere Kampagne gemeinsam mit der katholischen Kirche", so Finger. Zwar seien für ein erfolgreiches Volksbegehren eine Millionen Unterschriften nötig. "Aber die holen wir über die Bank-Kunden innerhalb weniger Wochen."

[document info]
Copyright © FR-online.de 2008
Dokument erstellt am 09.06.2008 um 17:56:01 Uhr
Letzte Änderung am 10.06.2008 um 09:21:49 Uhr
Erscheinungsdatum 10.06.2008